



Positionspapier zu den Kommunalwahlen 2026

Für eine starke, demokratische und zukunftsähige
Region Augsburg und Nordschwaben

IG Metall Augsburg

Im Namen der Geschäftsführung, des Ortsvorstandes, des Vertrauenskörperausschusses, des Senior*innenausschusses, des Frauenausschusses, des Jugendausschusses und in Vertretung von rund 27.000 Mitgliedern und über 50.000 Beschäftigte in der Region

19. 01. 2026

Positionspapier IG Metall Augsburg

Für eine starke, demokratische und zukunftsähige Region Augsburg

Kurzübersicht

Dieses Positionspapier richtet sich an die demokratischen Parteien, benennt die zentralen Herausforderungen aus der Sicht der Gremien der IG Metall und fasst die zentralen Forderungen der IG Metall Augsburg zusammen:

- Gute Arbeit & Tarifbindung sichern
- Transformation sozial und innovativ gestalten
- Demokratie & Zusammenhalt stärken
- Leben in der Region – Soziale Infrastruktur, Gleichstellung und Lebensqualität für alle

1. Einleitung

Warum dieses Positionspapier - Eine Positionsbeschreibung

2. Forderungsblock 1

Gute Arbeit und soziale Sicherheit sichern

3. Forderungsblock 2

Transformation sozial und innovativ gestalten

4. Forderungsblock 3

Demokratie und Zusammenhalt stärken

5. Forderungsblock 4

Leben in der Region – Soziale Infrastruktur, Gleichstellung und Lebensqualität für alle

6. Schlussstatement

Jetzt handeln – gemeinsam für eine starke Region!

Einleitung

Wir erleben derzeit gesellschaftlich wie wirtschaftlich eine Phase tiefgreifender Veränderungen. Die Dynamik, Geschwindigkeit und Komplexität dieser Umbrüche stellen unsere Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Gleichzeitig beobachten wir Entwicklungen, in denen demokratische Prinzipien und das gesellschaftliche Miteinander zunehmend infrage gestellt werden. Diese Tendenzen bereiten uns als Teil der demokratischen Zivilgesellschaft große Sorge – und verlangen unsere aktive Aufmerksamkeit.

Auch wirtschaftlich steht die Region Augsburg und Nordschwaben vor erheblichen Belastungen. Die angespannte Lage der deutschen und internationalen Industrie erreicht die Betriebe in unserem Organisationsbereich mittlerweile unmittelbar. Viele Unternehmen geraten betriebswirtschaftlich in Schieflage und reagieren mit immer gleichen Mustern: Abbau von Leiharbeit und Beendigung von befristeten Verträgen, Personalabbau in der Stammbelegschaft, Forderungen nach Verzicht seitens der Beschäftigten, Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen bis hin zur Androhung eines Ausstiegs aus der Tarifbindung. Die steigende Arbeitslosenquote in Augsburg und Umgebung ist bereits ein deutliches Zeichen dieser Entwicklung – mit unmittelbaren Folgen für die kommunalen Strukturen und einer wachsenden Verunsicherung bei den Menschen in der Region.

Als Gewerkschaft tragen wir Verantwortung – für die Beschäftigten, für die Region und für die demokratischen Grundwerte, die sich Generationen vor uns hart erkämpft haben. Diese Werte zu schützen, weiterzuentwickeln und, wo nötig, aktiv zu verteidigen, gehört zu unserem Selbstverständnis. Die IG Metall ist eine anerkannte Säule der Demokratie; der Gesetzgeber hat uns bewusst als gesellschaftlichen Akteur mit Auftrag und Verantwortung ausgestattet. Wir sind überparteilich – jedoch nur bis zu dem Punkt, an dem demokratische Grundordnung oder die Menschenwürde infrage gestellt werden.

Vor diesem Hintergrund haben wir für die anstehende Kommunalwahl entschieden, nicht nur in bilaterale Gespräche mit einzelnen Parteien einzutreten. Stattdessen legen wir hiermit unsere Positionen, Erwartungen und Anforderungen an die demokratischen politischen Kräfte dieser Region offen und transparent dar.

Die IG Metall Augsburg vertritt derzeit rund **27.000 Mitglieder** und über **50.000 Beschäftigte** aus unterschiedlichen Branchen, Generationen und Lebenssituationen. Dieses Positionspapier bündelt die Ergebnisse aus den Diskussionen und Beratungen unserer Gremien: des Ortsvorstands (geschäftsführendes Gremium), des Seniorenausschusses der IG Metall, der Jugend der IG Metall Augsburg, unserer betrieblichen Vertrauensleute sowie des Arbeitskreises der Frauen. Damit repräsentiert es ein breites Spektrum und vielfältige Erfahrungen aus der betrieblichen und gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit.

Mit diesem Papier leisten wir einen **aktiven Beitrag zur politischen Debatte** in unserer Region. Zugleich formulieren wir **klare Erwartungen und Forderungen** an die politisch gestaltenden Akteure – mit der Einladung, diese ernst zu nehmen, zu verstehen und gemeinsam mit uns an ihrer Umsetzung zu arbeiten. Unser Angebot ist eindeutig: **Wir wirken konstruktiv mit – dort, wo es gebraucht und gewünscht ist.**

Vier Forderungsblöcke der IG Metall Augsburg

1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit in der Region sichern – statt Personalabbau und Tarifflucht

Die wirtschaftliche Lage vieler Betriebe darf nicht zu einseitigen Lasten der Beschäftigten gehen. Wir fordern politische Rahmenbedingungen, die **Standort, Tarifbindung und Beschäftigung sichern**, statt Kosten auf die Belegschaften abzuwälzen.

Unsere zentralen Forderungen:

- **Aktive Unterstützung für tarifgebundene Unternehmen** durch regionale Wirtschaftsförderung, gezielte Programme und Förderkriterien, die Tarifbindung begünstigen und nicht unterlaufen.
- **Klares politisches Bekenntnis gegen Tarifflucht** und gegen Strategien, die Lohndumping oder Outsourcing fördern. Kommunale und regionale Politik darf öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene oder tarifanwendende Unternehmen vergeben.
- **Verbindliche Beschäftigungssicherung** bei öffentlichen Förderungen: Kein Einsatz von Steuergeld ohne sozial verantwortliche Personalpolitik, Standortzusagen und Qualifizierungsmaßnahmen.
- **Konsequente Unterstützung von Betriebsräten und Mitbestimmungsgremien**, etwa durch lokale Vernetzungsstellen, Beratungsangebote und die Stärkung demokratischer betrieblicher Strukturen.
- **Maßnahmen zur Abfederung regionaler Strukturveränderungen**, z. B. ein regionaler Zukunftsfonds für Transformationsbranchen, der Qualifizierung und Innovationsprojekte unterstützt statt Stellenabbau.

Warum das wichtig ist:

Beschäftigungssicherung ist nicht nur sozialpolitisch notwendig, sondern stabilisiert Menschen, Familien und Kommunen – und ist damit zentral für die Kaufkraft und die demokratische Resilienz der Region.

2. Regionale Transformation gestalten – sozial, innovativ und beschäftigungsorientiert

Die Region Augsburg steht mitten in industriellen Umbrüchen: Digitalisierung, KI, Energiewende, neue Geschäftsmodelle. Transformation darf nicht einseitig betriebswirtschaftlich definiert werden. Sie muss gemeinsam mit der Politik und den Beschäftigten gestaltet werden.

Unsere zentralen Forderungen:

- **Kommunale und regionale Transformationsbündnisse**, in denen Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft, Betriebe und Verwaltungen verbindlich zusammenarbeiten, um Standortstrategien, Qualifizierungsprogramme und Innovationspfade zu entwickeln.
- **Offensive für Qualifizierung und Weiterbildung**, insbesondere in Metall-, Industrie- und Technologiebranchen. Die Politik muss regionale Bildungsanbieter, Beratungsstellen und Betriebe so unterstützen, dass Beschäftigte nicht zu Transformationsverlierern werden.
- **Ausbau der beruflichen Bildung**: Moderne und attraktive Berufsschulen, digitale Ausstattung, auskömmliche Finanzierung und eine verstärkte Unterstützung für Ausbildungsbetriebe, die tarifgebunden ausbilden.
- **Verlässliche Energie- und Infrastrukturpolitik**: Regionale Netzstabilität, bezahlbare Energiepreise, nachhaltige Verkehrs- und ÖPNV-Konzepte, die Unternehmen und Beschäftigte entlasten.
- **Förderung innovativer Branchen und Zukunftsindustrien**, um neue hochwertige Arbeitsplätze in der Region zu schaffen und bestehende zu sichern.

Warum das wichtig ist:

Transformation gelingt nur mit den Beschäftigten – nicht gegen sie. Moderne Industriepolitik muss Arbeitsplätze erhalten, Qualifizierung fördern und Innovation sozial gestalten.

3. Demokratie, gesellschaftlichen Zusammenhalt und politische Kultur stärken

Angesichts wachsender antidemokratischer Kräfte braucht es eine klare Haltung der Politik sowie partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den demokratischen Akteuren unserer Gesellschaft – einschließlich der Gewerkschaften.

Unsere zentralen Forderungen:

- **Eindeutiges Bekenntnis der demokratischen Parteien zu Tarifautonomie, Mitbestimmung und der Rolle der Gewerkschaften** als tragende Säulen unserer Demokratie.
- **Konsequente Abgrenzung gegenüber demokratifeindlichen, menschenverachtenden oder spalterischen Kräften**, deren politische Strategien soziale Unsicherheit ausnutzen und den gesellschaftlichen Frieden gefährden.

- **Stärkung politischer Bildung, Jugendbeteiligung und demokratischer Kultur** in Schulen, Betrieben, Kommunen und Vereinen – gemeinsam mit Gewerkschaften, Initiativen und demokratischen Institutionen.
- **Förderung kommunaler Programme gegen Rechtsextremismus, Diskriminierung und Entsolidarisierung** sowie Unterstützung für Organisationen, die demokratische Teilhabe und gesellschaftlichen Dialog stärken.
- **Sicherung öffentlicher Daseinsvorsorge und sozialer Infrastruktur**, damit gesellschaftliche Spaltung durch Unsicherheit, prekäre Lebenslagen oder fehlende Teilhabe nicht weiter zunimmt.

Warum das wichtig ist:

Demokratie lebt von sozialen Garantien, Respekt, Sicherheit und einer Kultur des Miteinanders. Wirtschaftliche Verwerfungen dürfen nicht zu gesellschaftlichen Spaltungen führen, die von demokratiefeindlichen Kräften ausgenutzt werden.

4. Leben in der Region - Soziale Infrastruktur ausbauen, Lebensleistung anerkennen, Gleichstellung und Lebensqualität in der Region stärken

Die Lebensqualität in der Region Augsburg und Nordschwaben und die Zukunftschancen ihrer Menschen hängen unmittelbar von verlässlicher öffentlicher Infrastruktur, bezahlbarem Wohnen, moderner Mobilität sowie echter Gleichstellung ab. Für demokratische, wirtschaftlich starke und sozial gerechte Kommunen braucht es politische Prioritäten, die Sicherheit schaffen, Belastungen reduzieren und insbesondere Frauen, Familien, Senior*innen und junge Menschen wirksam unterstützen. Die folgenden Handlungsfelder sind aus unserer Sicht zentral.

Mobilität, Barrierefreiheit und gesellschaftliche Teilhabe als Daseinsvorsorge

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für soziale Teilhabe, berufliche Perspektiven, Ausbildungsfähigkeit und Selbstständigkeit – für junge Menschen ebenso wie für Senior*innen. Sie ist kein Luxus, sondern Bestandteil der Daseinsvorsorge. Barrierefreiheit, gute Erreichbarkeit und sozial gestaltete Mobilitätsangebote sind grundlegende Bausteine moderner öffentlicher Daseinsvorsorge. Eine sozial gerechte Kommune muss allen Menschen ermöglichen, sicher, bezahlbar und bedarfsgerecht mobil zu sein.

Unsere Forderungen:

- **ÖPNV-Ausbau und bessere regionale Anbindung** – insbesondere für Pendler*innen, Beschäftigte im Schichtdienst sowie Menschen mit Mobilitätseinschränkungen.
- **Barrierefreier Ausbau von Haltestellen, Gehwegen und öffentlichen Räumen**, damit Mobilität im Alter oder mit Mobilitätseinschränkungen uneingeschränkt möglich ist.
- **Sozial gestaltete Senior*innentarife sowie zielgruppengerechte Angebote für Auszubildende** (z. B. kostengünstige Tickets) zur Entlastung junger Menschen und zur Fachkräftesicherung.
- **Passgenaue Mobilitätsangebote wie Rufbusse und Bürgerbusse**, insbesondere in Randlagen und ländlichen Gebieten.
- **Digitale Teilhabe stärken:** Schulungsangebote, Unterstützung beim Umgang mit digitalen Behördengängen sowie öffentliches WLAN an zentralen Orten.
- **Begegnungs- und Unterstützungsorte wie Mehrgenerationenhäuser stärken**, um soziale Teilhabe, Beratung und Integration für alle Generationen zu fördern.

Bezahlbares Wohnen – soziale und gleichstellungspolitische Aufgabe

Die Situation auf dem Augsburger Wohnungsmarkt ist sehr angespannt. Bezahlbarer Wohnraum ist kaum vorhanden. Wohnungsnot trifft Frauen – insbesondere Alleinerziehende – überdurchschnittlich stark. Ebenso betroffen sind aber genauso Senior*innen und junge Menschen die sich keinen teuren Wohnraum leisten können. Kommunen haben eine Schlüsselrolle für sozialen Wohnraum.

Unsere Forderungen:

- **Aufbau und Erhalt bezahlbaren Wohnraums** für vulnerable Gruppen, insbesondere Alleinerziehende und Frauen, Senior*innen und junge Menschen in prekären Lebenslagen.
- **Bezahlbares Wohnen und Energie für Senior*innen sicherstellen** – durch sozial gestaffelte Gebührenmodelle, Härtefallfonds und Schutz vor Verdrängung aus dem Wohnumfeld.
- **Verankerung von bezahlbarem Wohnraum als messbares kommunales Ziel**, das politisch gesteuert und regelmäßig überprüft wird.

Familien stärken – Betreuung, Entlastung und faire Rahmenbedingungen

Familien tragen die Gesellschaft – politisch müssen sie verlässlich unterstützt werden. Besonders Frauen schultern weiterhin den Großteil der Sorgearbeit.

Unsere Forderungen:

- **Ausbau der Kinderbetreuung**, inkl. flexibler Modelle und Unterstützung von Betriebskindergärten; **gute Bezahlung des Betreuungspersonals** ist dafür Voraussetzung.
- **Finanzielle Entlastung von Familien** und Unterstützung familienfreundlicher Elternzeitmodelle – die Kommune soll sich durch Resolutionen und Initiativen politisch dafür einsetzen.
- **Keine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten in Bayern**, da familienunfreundliche Arbeitszeiten besonders Frauen belasten.

Gute Lebensbedingungen für Senior*innen – soziale Sicherheit, Teilhabe und Anerkennung von Lebensleistung

Die ältere Generation trägt entscheidend zur Stabilität der Region bei. Viele Senior*innen – insbesondere Frauen – sind jedoch überdurchschnittlich von niedrigen Renten, steigenden Lebenshaltungskosten, eingeschränkter Mobilität und gesundheitlichen Belastungen betroffen. Kommunalpolitik muss dafür sorgen, dass Menschen im Alter sicher, würdevoll und selbstbestimmt leben können.

Alterssicherung, Gesundheit und Pflege stärken

Eine moderne Kommune schützt Senior*innen vor Armut und stellt wohnortnahe Gesundheits- und Pflegeangebote sicher.

Unsere Forderungen:

- Wohnortnahe Gesundheits- und Pflegeangebote stärken, u. a. durch kommunale Gesundheitszentren und ambulante Dienste.
- Gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung für Pflege- und Gesundheitsberufe fördern, um Versorgungssicherheit zu garantieren.
- Pflege- und Sozialberatung für Senior*innen niedrigschwellig und kostenfrei ausbauen.

Geschlechtergerechte Alterspolitik und Anerkennung von Lebensleistung

Frauen sind im Alter häufiger von Armut, geringer Rente und gesundheitlichen Belastungen betroffen. Eine gerechte Kommunalpolitik muss dies berücksichtigen.

Unsere Forderungen:

- Unterstützungsangebote für Seniorinnen mit niedrigen Renten oder alleinstehenden Lebenssituationen stärken.
- Geschlechtergerechte Gestaltung von Gesundheits-, Sozial- und Sicherheitsstrukturen (Prävention, öffentlicher Raum, Schutzräume).

- Unbezahlte Sorgearbeit im Alter sichtbar machen und durch kommunale Initiativen/Resolutionen politisch adressieren.
- Senior*innenvertretungen stärken – mit Beteiligungsrechten, ausreichenden Ressourcen und echter Einbindung in politische Entscheidungen.

Gleichstellung verbindlich machen – Repräsentanz, Ressourcen, Gender Planning

Gleichstellung ist kein „Nice-to-have“, sondern Grundvoraussetzung für Demokratie, wirtschaftliche Stärke und sozialen Zusammenhalt. Sie gelingt nur mit klarer Struktur, verbindlichen Prozessen und ausreichenden Ressourcen.

Unsere Forderungen:

- **Frauenanteil in politischen Gremien, Ausschüssen sowie Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen erhöhen.**
- **Gleichstellungsbeauftragte stärken**, mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen.
- **Gender Planning verpflichtend** in alle kommunalen Planungsprozesse integrieren (Barrierefreiheit, Sicherheit, Aufenthaltsqualität).
- **Gender Mainstreaming systematisch umsetzen** – durch verbindliche Leitlinien, Schulungen und Monitoring.

Tempo und Verlässlichkeit bei Planung, Bauen und Genehmigungen

Die Region braucht funktionierende, beschleunigte Verfahren, um Wohnen, Arbeiten und Leben zukunftsfähig zu gestalten. Langsame Verwaltungsprozesse verzögern wichtigen Wohnungsbau, Infrastrukturinvestitionen und Modernisierungsprojekte.

Unsere Forderungen:

- **Schnellere Baugenehmigungsverfahren**, damit Wohnraum und öffentliche Infrastruktur zeitnah entstehen.
- **Verlässliche Verwaltungsabläufe**, die Investitionen in **bezahlbaren Wohnraum** und **öffentliche Infrastruktur** priorisieren und nicht behindern.

Schlussstatement

Die Region Augsburg und Nordschwaben steht vor tiefgreifenden wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Herausforderungen – und zugleich vor großen Gestaltungschancen. Gute Arbeit, soziale Infrastruktur, starke Mitbestimmung und ein verlässlicher demokratischer Zusammenhalt sind die Grundlage für eine lebenswerte Zukunft in unserer Region. Als IG Metall Augsburg vertreten wir die Interessen von über 50.000 Beschäftigten, Senior*innen, Auszubildenden und Familien, die mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement tagtäglich zum Wohlstand und zur Stabilität beitragen.

Mit diesem Positionspapier legen wir klare Erwartungen an die demokratischen Parteien unserer Region für die kommenden Jahre vor: Wir brauchen politische Entscheidungen, die Beschäftigung sichern, soziale Infrastruktur stärken, Gleichstellung verbindlich machen, Familien unterstützen, Senior*innen schützen und die demokratische Kultur vor Ort festigen. Die vorgestellten Maßnahmen sind realistisch, notwendig und unmittelbar wirksam – für die Menschen in den Betrieben, in den Stadtteilen und in den Gemeinden.

Jetzt ist der Moment, Verantwortung zu übernehmen. Wir fordern alle demokratischen politischen Akteure auf, die Zukunft unserer Region mutig, sozial gerecht und vorausschauend zu gestalten. Wir sind bereit, diesen Weg konstruktiv zu begleiten – mit unserer Expertise aus den Betrieben, unserem gesellschaftlichen Auftrag und unserer tiefen Überzeugung, dass Demokratie nur dann stark bleibt, wenn sie im Alltag der Menschen erlebbar ist.

Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Augsburg und Nordschwaben eine Region bleibt, in der Arbeit, Leben und Demokratie eine tragfähige Einheit bilden – heute und für kommende Generationen.